

München, 08.02.2017

## Abschiebungen: CSU lässt Mittelstand bei Integrationsbemühungen im Stich

**CSU lässt integrierten Asylbewerber trotz Ausbildungszusage zum Schaden seines Betriebs ohne Beschäftigung - Rechtspolitikerin Alexandra Hiersemann: Regierung erweist den Integrationsbemühungen der bayerischen Wirtschaft einen Bärendienst**

Die CSU-Mehrheit im Petitionsausschuss des Bayerischen Landtags hat heute (08.02.) die Ablehnung der schon aufgenommenen Beschäftigung eines afghanischen Asylbewerbers bekräftigt, ungeachtet dessen gelungener Integration und positiver beruflicher Aussicht. Die stellvertretende Ausschussvorsitzende **Alexandra Hiersemann** reagiert mit Unverständnis: "Hier spricht die Staatsregierung ihrer behaupteten Mittelstandsfreundlichkeit Hohn. Fachkräftemangel zu beklagen und diesem gleichzeitig nicht abzuhelfen, ist weder menschen- noch wirtschaftsfreundlich."

Der afghanische Staatsangehörige Abdulhai Atai stand bis vor kurzem in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis als Hilfskraft bei der Firma Metz Stahl- und Metallbau in Würzburg. Dort sollte er im September 2017 eine Ausbildung zum Metallbauer beginnen. Die Firma hat große Schwierigkeiten, geeigneten Lehrlingsnachwuchs zu rekrutieren und hat sich daher an den Petitionsausschuss gewandt, um ein Bleiberecht für Herrn Atai zu erwirken und ihn als dringend benötigte Arbeitskraft behalten zu können. Dennoch erhält er nun keine weitere Beschäftigungserlaubnis.

"Herr Atai hat sich bereits praktisch bei der Firma Metz bewährt, er ist unter den Kollegen vollständig integriert und von seinem Chef hoch geschätzt. Er hat von sich aus beträchtliche Anstrengungen unternommen, um künftig den Ausbildungsanforderungen zu genügen. Dennoch beharrt die CSU auf ihrer Position und schadet damit nicht nur dem Betrieb, sondern sendet auch ein verheerendes Signal für die Integrationswilligkeit von Flüchtlingen, die sich in einer ähnlichen Situation wie Herr Atai befinden", kritisiert Hiersemann.

Abdulhai Atai nimmt jeden Tag drei Stunden Fahrt zum und vom Arbeitsplatz auf sich, er bildet sich selbstständig weiter, bestreitet selber seinen Lebensunterhalt und erfährt große Unterstützung seines Arbeitgebers, der ihm Deutschkurse während der Arbeitszeit ermöglicht. "Wir haben hier eigentlich eine Win-win-Situation, in der sowohl der Betrieb als auch der Asylbewerber und damit die Gesellschaft profitieren würden. Offenbar ist der CSU daran aber gar nicht gelegen", stellt die Abgeordnete (Erlangen-Höchststadt / Erlangen) fest.